



NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 10.03.2015,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 22:07



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Dirk Vögeli

SPD

Sonja Baum-Baur

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf bis TOP 5 ö.S. bis 18.45 Uhr

Prof. Peter Leiner ab TOP 3 ö.S. ab 18.00 Uhr

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid ab TOP 3 ö.S. ab 17.15 Uhr

Heinz Schmitt

Armin Schowalter



Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

ab TOP 2 ö.S. ab 17.07 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

bis TOP 15 ö.S. bis 20.03 Uhr
ab TOP 7 n.ö.S. ab 21.50 Uhr

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

AfD

Myriam Kern

bis TOP 7 n.ö.S. bis 21.45 Uhr

FDP

Jochen Silbernagel

Piraten

Kim Julia Kratz



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Hans-Joachim Malo	(Sozialamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Horst Pedé	(Hauptamt)
Hans Schlösser	(Rechnungsprüfungsamt)
Roland Schneider	(Stadtbauamt)
Prof. Dr. Ursula Stein	(Büro Stein + Partner)
Christine Baumann	(Arbeitskreis Bürgerbeteiligung)
Wolfgang Weigelt	(Arbeitskreis Bürgerbeteiligung)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Dorothea Müller	(stellvtr. Ortsvorsteherin Mörzheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)
Michael Schreiner	(Ortsvorsteher Godramstein)



Dr. Thorsten Sögding

(Ortsvorsteher Nußdorf)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Parteilos

Gerhard Mosebach



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 060/029/2015
3. Informationen zum Stand "Landauer Weg der Bürgerbeteiligung"
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Information des Rates über Stand und Perspektiven für Verkehrsprojekte in der Region durch Vertreter der Landesregierung
Vorlage: 101/270/2015
5. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Gutachterliche Bewertung der Verkehrssituation und Verkehrsentwicklung an der südlichen Stadteinfahrt
Vorlage: 101/271/2015
6. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Prüfung einer Möglichkeit zur Erstellung einer städtischen Themensammlung
Vorlage: 101/272/2015
7. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Umsetzung einer Lkw-Transitsperrung auf der B 10 zwischen Pirmasens und Landau
Vorlage: 101/274/2015
8. Gewerbepark „Am Messiegelände“, Bebauungsplan D 9; Controlling der Maßnahme
Vorlage: 200/193/2014
9. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Schülerbeförderung
Vorlage: 300/094/2015
10. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)
Vorlage: 300/096/2015
11. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL)
Vorlage: 860/258/2015
12. Ermächtigung der Verwaltung zum Abschluss von Verträgen für die Gesamthandseigentümergeinschaft nach § 6 Abs. 2 des Landesgesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) vom 19.08.2014, GVBl. S 191
Vorlage: 320/055/2015



13. Errichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Integrierten Gesamtschule in Landau
Vorlage: 400/050/2015
14. Änderung der Benutzungs- und Kostenordnung für die außerschulische Nutzung von Räumen in Landauer Schulen (ausgenommen Schulsporthallen)
Vorlage: 400/051/2015
15. Flüchtlingssituation in Landau
 1. Sachstandsbericht und Handlungsbedarfe
 2. Schaffung von zusätzlichem WohnraumVorlage: 500/018/2015
16. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau Süd: 1.) Fortschreibung des städtebaulichen Rahmenplanes „Konversion Landau Süd“ für den Bereich „Wohnpark Am Ebenberg“; 2.) Gestaltungsfibel für Bauherren, Architekten und Investoren
Vorlage: 610/342/2015
17. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“: Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg“ im Jahr 2015
Vorlage: 610/344/2015
18. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“: Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg“ im Jahr 2015, Baufeld 10
Vorlage: 610/348/2015
19. Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr
Vorlage: 680/098/2015
20. Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der Turnhalle der Berufsbildenden Schule
Vorlage: 820/152/2015
21. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2008

Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Hirsch und Herr Beigeordneter Klemm waren gemäß § 22 GemO befangen und haben an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Den Vorsitz übernahm das älteste anwesende Ratsmitglied Günter Scharhag.

Ratsmitglied Scharhag als Vorsitzender verwies auf die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 20. Januar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Morio gab als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses einen kurzen Bericht zur Prüfung der Jahresrechnung. Man beschließe heute über Vorgänge, die mehr als 6 Jahre zurückliegen. Dies sei ein mehr als unbefriedigender Vorgang. 2008 sei der erste doppische Haushalt aufgestellt worden. Durch die dadurch erforderliche Erstellung einer Eröffnungsbilanz sei es zu der zeitlichen Verzögerung gekommen. Die Umstellung von der Kameralistik zur Doppik sei auch für den Rechnungsprüfungsausschuss schwierig gewesen. Man habe eine neue Form der Prüfung finden müssen. Der Ausschuss habe extra noch einen Arbeitskreis gebildet, der Fragen an die Verwaltung formuliert habe. Diese Fragen seien ausreichend und zufriedenstellend beantwortet worden, es gebe keine wesentlichen Beanstandungen. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle dem Stadtrat, den Jahresabschluss 2008 festzustellen und den Stadtvorstand zu entlasten.

Ratsmitglied Dr. Migl fand es sehr bedauerlich, dass man erst im Jahr 2015 den Jahresabschluss 2008 bekommen habe. Sie hoffe, dass es künftig schneller gehe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2008 sowie**
- b) die Entlastung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2008**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Informationen zum Stand "Landauer Weg der Bürgerbeteiligung"

Der Vorsitzende begrüßte Frau Prof. Dr. Ursula Stein, die den Prozess zur Landauer Bürgerbeteiligung fachlich begleite. Bürgerbeteiligung sei in Landau kein Fremdwort, es gehe jetzt darum, Prozesse zu bündeln und zu normieren. Es gehe um Transparenz und um die Darstellung, welche Beteiligungsmöglichkeiten es gebe und wann die Stadt Bürgerbeteiligung mache. Trotz aller Bürgerbeteiligung müsse klar sein, dass am Ende der Rat entscheide. Man werde das, was man heute dem Stadtrat vortrage, nochmal in einer öffentlichen Veranstaltung am 23. März 2015 im Alten Kaufhaus präsentieren. Dort könnten die Bürgerinnen und Bürger auch nochmals Vorschläge einbringen. Im Juni werde dann der Stadtrat den Landauer Weg der Bürgerbeteiligung beschließen.

Prof. Dr. Stein erklärte, dass man beim Fahrplan auf dem Weg zur Landauer Bürgerbeteiligung quasi Halbzeit habe. Insgesamt arbeite man im Arbeitskreis im Wesentlichen an 3 Themen. Dies sei einmal die Frage, wie man ein transparentes Vorgehen schaffe, dann gehe es um die Spielregeln für einen guten Umgang miteinander und um Spielregeln zum Umgang mit den Bürgern.

Die Leitlinie zur Bürgerbeteiligung habe 7 Schritte. Hierbei habe man sich an den Erfahrungen aus Pforzheim orientiert.

Es beginne immer mit frühzeitiger Information, dadurch entstehe Vertrauen ins Verfahren. Bewährt habe sich in anderen Städten die Erstellung einer Vorhabenliste mit Informationen zu Themen und Projekten. Diese sollten im Internet und auch in ausgedruckter Form zur Verfügung stehen.

Der zweite Schritt sei dann die Anregung einer Bürgerbeteiligung. Dies könne durch die Verwaltung erfolgen, die dies im Themensteckbrief vermerkt. Erfolgen könne es aber auch durch die Politik mit einem Stadtratsbeschluss oder auch durch die Bürger selbst. Die Bürger könnten die Verwaltung ansprechen, genauso aber auch ein Mitglied des Stadtrates. Denkbar wäre auch eine Unterschriftensammlung. Hier müsse man noch die Zahl der erforderlichen Unterschriften und ein Mindestalter diskutieren. Dies reiche man dann bei der Koordinierungsstelle ein und der Stadtrat entscheide dann über die Form der Bürgerbeteiligung.

Die Entscheidung, ob Bürgerbeteiligung durchgeführt wird, könne durch die Verwaltung oder durch den Stadtrat erfolgen.

Bei der Frage, wie man die Bürgerbeteiligung durchführe, habe man sich im Arbeitskreis auf einen Beteiligungsrat verständigt. Dieser solle aus Bürgern, Politikern und Verwaltungsmitarbeitern bestehen. Der Beteiligungsrat solle dann die Grundzüge der Bürgerbeteiligung festsetzen.

Durchgeführt werde das Beteiligungsverfahren dann vom jeweiligen Fachamt.

Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens sollen dann vom Fachamt ausgewertet und dokumentiert werden. Wichtig sei, dass letztlich der Stadtrat entscheide. Diese Ergebnisberichte müssten transparent und für jeden zugänglich sein. Eingebaut sei auch die Pflicht zur Rückmeldung an die Bürger.

Im Arbeitskreis habe man sich sehr intensiv mit dem Beteiligungsrat und mit den Spielregeln für einen guten Umgang miteinander und für eine gute Bürgerbeteiligung beschäftigt. Hierzu gehöre ein respektvoller Umgang, eine wertschätzende Grundhaltung und Sachlichkeit.

Frau Baumann, Mitglied des Arbeitskreises, berichtete aus der Arbeit des Arbeitskreises. Nach dem Symposium im Oktober letzten Jahres sei sie nach der doch etwas praxisfernen Diskussion skeptisch gewesen. Die Skepsis sei mittlerweile gewichen, im Arbeitskreis würden viele Fragen praxisnah diskutiert. Bei allen Beteiligten gebe es eine konstruktive Grundhaltung und Offenheit für die Gestaltung des Landauer Wegs der Bürgerbeteiligung. Man gehe wertschätzend miteinander um und führe die Diskussion auf Augenhöhe. Alle Akteure in diesem Arbeitskreis wollten den Erfolg dieses Landauer Weges der Bürgerbeteiligung. Wichtig sei das Gemeinsame und dass der Bürger als Partner und nicht als Störenfried empfunden werde.

Herr Weigelt, ebenfalls Mitglied im Arbeitskreis, bestätigte die Aussagen von Frau Baumann. Er freue sich, mit welcher Konsequenz dieses Thema angegangen werde. Beeindruckend sei, wie konstruktiv in diesem Arbeitskreis gearbeitet werde. Die Diskussion im Arbeitskreis sei an der Sache orientiert. Sehr gut finde er die sehr pragmatische Arbeitsweise, man wolle die Welt nicht neu erfinden. Was er an



dem Konzept sehr begrüße, sei die gute und frühzeitige Einbindung der Bürger über die Vorhabenliste und die verpflichtende Rückmeldung, warum wie entschieden wurde. Er sei überzeugt, dass es dieser Prozess der Bürgerbeteiligung schaffen könne, eine Atmosphäre des Miteinanders und des Vertrauens in der Stadt zu schaffen. Wichtig sei die Klarstellung, dass die Entscheidungen im Stadtrat bleiben. Es gehe nicht darum, dem Stadtrat Entscheidungskompetenz abzunehmen.

Der Vorsitzende hielt es für wichtig, dass das, was im Juni beschlossen werde, nicht in Stein gemeißelt ist. Das System der Bürgerbeteiligung müsse immer flexibel bleiben.

Ratsmitglied Baum-Baur war der Auffassung, dass der Landauer Weg der Bürgerbeteiligung ein sehr guter Weg sei, um den Bürgern gerecht zu werden. Der Landauer Weg der Bürgerbeteiligung sei eine Möglichkeit, wie Austausch zwischen Politik, Bürgern und Verwaltung positiv und zielgerichtet stattfinden könne. Der Arbeitskreis habe sensibel gemacht, etwas miteinander zu gestalten. Es gehe nun darum, den Beteiligungsrat mit Praxis zu füllen.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck sprach von einer äußerst angenehmen Diskussionsrunde im Arbeitskreis. Der Arbeitskreis an sich sei schon Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung bedeute einen Benefit für alle Seiten. Man habe bis jetzt eine tragfähige Basis gefunden. Bei zwei Punkten gebe es noch Diskussionsbedarf. Festgelegt worden sei ein Mindestalter von 14 Jahren, hier könne man diskutieren ob dies ausreichend sei. Dann sei es um die Form und Zusammensetzung des Beteiligungsrates gegangen. Hier gebe es verschiedene Modelle. Wichtig sei, diesen Beteiligungsrat nicht zu sehr aufzublähen und nicht zu politiklastig zu machen. Insgesamt sei es im Arbeitskreis ein sehr effektives Arbeiten.

Ratsmitglied Hartmann griff drei Aspekte auf, die im Arbeitskreis besprochen worden seien. Der erste Aspekt sei das Mindestalter. Ein Mindestalter sei in einer Demokratie immer problematisch, da es zwangsläufig willkürlich gesetzt sei. Ein weiterer Aspekt sei die Besetzung des Beteiligungsrates mit zwei Stadtratsmitgliedern. Auch dies sehe er problematisch. Bei zwei Stadträten könne man keine ausgewogene Repräsentation im Beteiligungsrat herstellen. Man sollte an diesem Punkte den Stadtrat raushalten. Spätestens wenn ein Vorhaben in den Rat komme, werde man ohnehin beteiligt. Anstelle eines Beteiligungsrates könne man den Bereich Bürgerbeteiligung bei einem Dezernenten ansiedeln. Dieser Dezernent sollte nicht der Oberbürgermeister sein.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass es nach dem sehr theoretischen und kopflastigen Start nun um die praktische Umsetzung gehe. Man befinde sich hier auf einem guten Weg und wolle, dass die Bürger eingebunden werden in den demokratischen Prozess. Die FWG sei auch für ein Mindestalter und für die Einbindung der Fraktionen im Beteiligungsrat.

Ratsmitglied Dr. Migl schloss sich den Vorrednern an. Es sei eine gute Initiative zu überlegen, wie man Bürgerbeteiligung in Zukunft besser machen könne. Sie halte es für wichtig, direktdemokratische Elemente zu stärken. Es werde Konflikte geben, wenn Bürger mit Entscheidungen nicht einverstanden seien. Wichtig wäre es, eine Lösung zum Beteiligungsrat zu finden, die den unterschiedlichen Interessenslagen gerecht werde.

Der Vorsitzende fand es ermutigend, dass man mit diesem Verfahren auf einem guten Weg sei. Klar sollte allerdings sein, dass die Menge der Beteiligten keine Fehler ausschließe.

Ratsmitglied Kern erklärte, dass letztlich der Bürger der Souverän sei. Ungünstig finde sie, dass die Bürgervertreter im Arbeitskreis Organisationen gewesen seien und keine Bürger. Ebenfalls nicht gut finde sie, dass nur der Stadtrat über Themen entscheide.

Frau Prof. Dr. Stein entgegnete zur Zusammensetzung des Arbeitskreises, dass der Grundgedanke gewesen sei, es nicht allzu kompliziert zu machen. Es gebe ja am 23. März die öffentliche Veranstaltung im Alten Kaufhaus, in der sich alle Bürger einbringen könnten. Es sei der Versuch gewesen, Schnelligkeit und Breite in Einklang zu bringen.



Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck verwies nochmals auf den Workshop am 23. März, bei der eine breite Beteiligung der Bürger möglich sei. Die Bürger könnten natürlich in dem vorgesehenen Verfahren Anträge auf Bürgerbeteiligung stellen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron hielt es für wichtig, dass es bewusst ein Landauer Weg der Bürgerbeteiligung sei. Es sei passgenau auf die Landauer Verhältnisse und Bedürfnisse gefertigt. Betrachten müsse man sich in der Umsetzung die Frage nach der Dauer von Beteiligungsprozessen. Qualität und ein gutes Ergebnis seien wichtig, die Verfahren dürften aber auch nicht zu lange dauern.

Frau Prof. Dr. Stein fasste die Ergebnisse der Diskussion nochmals zusammen. Sie werbe nachhaltig dafür, den Beteiligungsrat kompakt zu halten und ganz bewusst, die Politik nicht heraus zu halten. Der Beteiligungsrat habe eine Kommunikations- und Klärungsrolle und brauche daher die Politik. Es brauche aber sicherlich keine vollständige Repräsentanz des Stadtrates. Sie rege an, dass Ergebnis des Arbeitskreises und auch die heutige Diskussion in den Fraktionen zu besprechen. Wichtig sei auch, sich nicht nur an diesem Leitfaden zu orientieren, sondern auch die gesetzlichen Möglichkeiten wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zu betrachten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Information des Rates über Stand und Perspektiven für Verkehrsprojekte in der Region durch Vertreter der Landesregierung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 21. Februar 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Man halte es für geboten, den Rat und die Bevölkerung auf die Höhe der Zeit zu bringen. Als Vertreter meine er dabei aber niemanden aus der Ministerialbürokratie, sondern mindestens die Staatssekretärssebene, damit man auch politisch diskutieren könne. Unklarheit herrsche bei den Themen Güterverkehr und B 10. Deshalb solle die Landesregierung hier Stellung beziehen. Zugleich könne auch die Stadt ihren Standpunkt gegenüber dem Land deutlich machen.

Ratsmitglied Lerch begrüßte den Antrag grundsätzlich. Man freue sich über die klare Festlegung des Landes zur zweiten Rheinbrücke. Beim Thema Güterverkehr sei er etwas verwirrt über zwei sich widersprechende Schreiben des Oberbürgermeisters. Daher sollte man zu dem Termin auch einen Vertreter der Deutschen Bahn einladen.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimme.

Ratsmitglied Freiermuth bat darum, auch den Punkt Windenergie mit hinzuzunehmen. Gerade hier sei man vom Land lange an der Nase herumgeführt worden. Die Landesregierung sollte hier Rede und Antwort stehen. Und es mache auch Sinn einen Vertreter der Deutschen Bahn hinzuzunehmen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt den Antrag der SPD für begrüßenswert. Es sei gut, von kompetenter Seite Informationen zu bekommen. Auch der Ausbau der B 10 sollte hier nochmal auf den Prüfstand kommen.

Ratsmitglied Kern stellte die Frage, ob die Vertreter der Landesregierung auch informiert seien, wie die Bedarfe der Wirtschaft in diesen Fragen aussehen.

Der Vorsitzende gab zu bedenken, dass das Thema Windkraft eigentlich ein eigenes Thema sei. Es sei die Frage, ob man es auf dieses Thema noch ausweiten wolle. Konsens sehe er darin, einen Vertreter der Deutschen Bahn mit einzuladen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sah kein Problem darin, es um Vertreter des Umwelt- und Wirtschaftsministerium zu erweitern, sofern es bei beidem um das Biosphärenreservat gehe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Stadt Landau lädt Vertreter der Landesregierung und der Deutschen Bahn zur Information des Rates über Stand und Perspektiven für Verkehrsprojekte in der Region ein.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Die Information des Rates durch die Landesregierung wird um das Thema Windkraft erweitert.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Gutachterliche Bewertung der Verkehrssituation und Verkehrsentwicklung an der südlichen Stadteinfahrt

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 1. März 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Es gebe unbestritten eine enorme Belastung an der südlichen Stadteinfahrt. Dies sei zwar schon immer der Fall gewesen, allerdings seien nun noch zusätzliche Faktoren hinzugekommen. Zum einen der neue Bahnhofpunkt Süd, zum anderen den Wohnpark Am Ebenberg. Dort sei nach Abschluss der Landesgartenschau mit einer zügigen Bebauung zu rechnen. Auch dies werde zu einer Mehrung des Verkehrs führen. Angesichts der Belastungen der Anwohner sollte man sich Gedanken machen, wie man hier mittelfristig zu Verbesserungen und Lösungen kommen könne. Der Antrag zielle darauf, objektive Zahlen und Möglichkeiten zu bekommen. Eine Lösungsvariante sei aus Sicht der CDU-Fraktion die Südtangente.

Der Vorsitzende verwies auf die kürzlich abgeschlossenen Haushaltsberatungen. Ein solches Gutachten koste einen hohen fünfstelligen Betrag. Eine Eilbedürftigkeit könne er hier nicht erkennen, zumal es 2015 bedingt durch die Landesgartenschau ohnehin deutlich mehr Verkehr gebe. Daher könne man den Verkehr frühestens 2016 objektiv untersuchen. Er sei nach wie vor ein Gegner der Südumgehung. Man müsse bei all dem auch die Qualität des Wohngebietes bedenken, dass man im Moment schaffe. Das Anliegen sei nach wie vor, die Verkehrsflüsse gerecht zu verteilen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron schlug vor, den Antrag in die Haushaltsberatungen für 2016 zu verlagern. Es sei sicherlich sinnvoll, es 2016 zu machen wenn es einen normalen Verkehrsfluss gebe.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dem Antrag so nicht zustimmen werde. Der Antrag gehe voll auf den Autoverkehr. Die CDU sehe nach wie vor die Südtangente als Option und sehe den Bahnhofpunkt Landau-Süd als Problem. Schon die Intension des Antrages sei nicht richtig. Man sollte doch jetzt erst mal das Mobilitätskonzept abwarten, bevor man hier Geld in die Hand nehme.

Ratsmitglied Freiermuth hielt es grundsätzlich für richtig, sich mit diesem Antrag Gedanken über die Zukunft zu machen. Es gebe gute Gründe, die Verkehrsentwicklung zu untersuchen, statt Kaffeesatzleserei zu betreiben. Entscheidend für die FWG sei, dass man sich über einen längeren Zeitraum Gedanken mache. Ohne Zweifel mache es Sinn, diese Untersuchung in 2016 zu machen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme einem Verweis in die Haushaltsberatungen zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass das Jahr der Landesgartenschau der falsche Zeitpunkt für diesen Antrag sei. Der Antrag sei sehr autozentriert, zudem sei der Gedanke an die Südtangente ein Schritt zurück. Nichts gesagt sei zur Kostenfrage. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ab.

Ratsmitglied Lerch entgegnete, dass es heute nicht darum gehe, Festlegungen zu treffen. Man sollte sich angewöhnen, erst Fakten zu sammeln bevor man in Bewertungen gehe. Dass dies ein Problem sei, sei ja wohl unbestritten. Es sei auch eine Verantwortung gegenüber den Anwohnern, dass man hier Untersuchungen anstelle und nach Lösungen suche. Er plädiere hier nicht für die Südtangente, aber man dürfe sie auch nicht von vorne herein als Option ausschließen. Er könne sich vorstellen, diese Untersuchung in das Mobilitätskonzept miteinzubinden oder die Verwaltung zu beauftragen, bis zu den Haushaltsberatungen darzulegen, wie und in welchem Kostenrahmen eine solche Untersuchung zu machen wäre.

Ratsmitglied Kern erklärte, dass sie auch die Kosten für eine solche Untersuchung interessieren würden. Es stelle sich auch die Frage, ob ein Gutachten auch Lösungsansätze vorschlagen werde.



Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag in die Haushaltsberatungen 2016 zu nehmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, die Verkehrssituation und Verkehrsentwicklung an der südlichen Stadteinfahrt gutachterlich zu bewerten, wird in die Haushaltsberatungen 2016 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Prüfung einer Möglichkeit zur Erstellung einer städtischen Themensammlung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 27. Februar 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Maroc begründete den Antrag. Sie fände es als Universitätsbeauftragte schön, wenn mehr wissenschaftliche Arbeiten zu Landauer Themen vergeben werden könnten. In Gesprächen mit Professoren habe sich herausgestellt, dass solche Arbeiten bereits vergeben wurden, aber wohl offenbar nicht alle bei der Stadt ankommen. Es gebe aber eine große Bereitschaft der Dozenten, noch mehr solcher Arbeiten zu vergeben. Hierfür benötige man aber eine Themensammlung mit allen für die Stadt relevante Themen. Wichtig sei, dass bei den Themen vermerkt wird, ob dies kurz-, mittel- oder langfristig benötigt werde. Auf diese Themensammlung müssten die Universitäten sowie die Professoren und Dozenten Zugriff erhalten. Möglich wären dann die Vergabe von Hausarbeiten, aber auch von Master- und Bachelorarbeiten. Dies brächte einen großen Nutzen für die Stadt, wenn man auf die wissenschaftlichen Ressourcen der Universität noch stärker zugreifen könne. Zum anderen stärke es die Identifikation der Studenten mit der Stadt. Hinzu komme, dass es nahezu kostenfrei wäre.

Der Vorsitzende entgegnete, dass Frau Maroc mit diesem Antrag offene Türen einrenne. Es gebe schon sehr viele Projekte, die von der Universität bearbeitet worden seien.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass es zweifelslos sinnvoll sei, das geistige Potential der Universität zu nutzen. Eine Themensammlung könne hier sicherlich hilfreich sein. Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth schloss sich den Ausführungen von Herrn Lerch an. Der Antrag sei gut gemeint. Die FWG-Stadtratsfraktion werde dem Antrag ebenfalls zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt den Antrag von der Sache her für berechtigt. Es mache Sinn, die Kooperation und die Interessen der Stadt und der Universität zu bündeln. Mit einer solchen Themensammlung könne man dies systematisch angehen. Auch die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Kern sah hier die Gefahr einer einseitigen politischen Beeinflussung. Es stelle sich für sie die Frage, wie man verhindern könne, dass Grüne und Asta auf diese Arbeiten Einfluss nehmen.

Ratsmitglied Maroc entgegnete zu den Ausführungen von Herrn Freiermuth, dass es natürlich schon viele Projekte gebe. Aber alles, was es schon gibt, sei nur ein Bruchteil dessen, was möglich sei. Es fehle aber eben noch an diesem Zusammenspiel.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 1 Nein-Stimme:

die Erstellung einer städtischen Themenliste, bei denen kurz-, mittel- oder langfristig Forschungsbedarf besteht.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Umsetzung einer Lkw-Transitsperrung auf der B 10 zwischen Pirmasens und Landau



Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 22. Februar 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lichtenthäler begründete den Antrag. Das Thema sei ja nicht neu, in dieser Richtung habe sich der Rat ja auch schon positioniert. Man habe in den letzten 2 Jahren bei diesem Thema immer nach Mainz geschaut. Getan habe sich aber nichts. Mit diesem Antrag gehe es darum, Geschwindigkeit in das Thema zu bekommen, damit sich etwas bewege. Zugegebenermaßen habe man nicht damit gerechnet, dass in der letzten Woche der zuständige Minister diese Transitsperrung kategorisch ausschließe. Er sei der Meinung, dass eine Transitsperrung sehr wohl durchsetzbar sei, zumal die mögliche Ausweichstrecke nur unwesentlich weiter wäre. Das letzte Wort dürfe bei diesem Thema noch nicht gesprochen sein.

Der Vorsitzende betonte, dass dieser Antrag die Wiederholung eines schon gefassten Beschlusses wäre.

Ratsmitglied Lerch zeigte sich verwundert über den Antrag der Grünen. Eine grüne Stadtratsfraktion fordere die Verwaltung auf, Druck auf eine Landesregierung zu machen, an der die Grünen beteiligt seien. Dies sei schon verwunderlich, aber die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron war der Meinung, dass ein erneuter Beschluss heute nur eine politische Willensbildung sein könne. Die rechtlichen Gegebenheiten müsse man ohnehin gesondert erörtern. Es sei sicher kein Fehler, es erneut zu beschließen und den Beschluss des Stadtrates zu bekräftigen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Volkhardt erinnerte daran, dass die FWG für den vierspurigen Ausbau der B 10 sei. Entgegen der Aussage im Antrag der Grünen sei nach seiner Wahrnehmung die B 10 in Godramstein kein Thema. Es sei auch bezeichnend, dass sich die gleichen Leute, die gegen den vierspurigen Ausbau der B 10 seien, auch den Ausbau des Güterverkehrs ablehnen. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ab.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass ein deutliches Signal angesichts der aktuellen Diskussion sinnvoll sei. Insofern mache es Sinn, dass man dies heute nochmal bekräftige. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Silbernagel machte deutlich, dass die FDP immer für den Ausbau der B 10 gewesen sei. Man brauche die B 10 für die Südpfalz und die Südwestpfalz. Er sehe die B 10 auch als Lebensader und lehne daher den Antrag der Grünen ab.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er nicht erkennen könne, wie eine neuerliche Resolution die Position von Landau in Mainz stärken könne. Es müssten nun die Fakten auf den Tisch.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja,- 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, sich gegenüber der Landesregierung für die Umsetzung einer LkW-Transitsperrung auf der B 10 zwischen Pirmasens und Landau einzusetzen und die Überwachung dieser Maßnahme nachhaltig sicherzustellen.

Die Stadt Landau fordert vom Land Rheinland-Pfalz:

- **die Realisierung einer LkW-Transitsperrung auf der B 10 für den Abschnitt Pirmasens-Landau;**
- **die Umleitung des europäischen Transitgüterverkehrs über das bestehende Autobahnnetz;**



- **die konsequente Überwachung des LkW-Transitverkehrs.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Gewerbepark „Am Messegelände“, Bebauungsplan D 9; Controlling der Maßnahme

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 18. Februar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt hielt es zwar einerseits für erfreulich, dass große Teile des Gewerbegebietes belegt seien. Andererseits finde er es aber nicht gut, dass es sich in vielen Fällen um Umsiedlungen und nicht um Neugründungen von Firmen handle. In den wenigsten Fällen würden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Zudem hätten manche Betriebe, wie beispielsweise Gastronomie, im Gewerbegebiet nichts verloren. Viele Firmen würden die zur Verfügung stehenden Flächen gar nicht benötigen, trotzdem vergebe man Optionsflächen. Erfreulich sei allerdings, dass die Erlöse zur Tilgung der Darlehen, die man zur Erschließung des Gebietes aufgenommen habe, verwendet werden.

Herr Messemer entgegnete, dass die Optionsflächen in dem 80%-Vermarktungsstand nicht enthalten seien. Eine Option werde immer klar zeitlich befristet. Weit über 90 % der Firmen würden aus dem Bestand heraus wachsen. Die Gastronomien seien klar untergeordnet. Es sei auch nicht so, dass die ADD über uns wache. Vielmehr habe man mit der ADD klare Vereinbarungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung von Landau.

Der Stadtrat nahm die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Schülerbeförderung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 20. Januar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 1 Nein-Stimme:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Schülerbeförderung als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 3. Februar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Im Wesentlichen gehe es um Klarstellungen, was die Pflichten der Bürgerinnen und Bürger sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 1 Nein-Stimme:

den dieser Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 4. Februar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 1 Nein-Stimme:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Ermächtigung der Verwaltung zum Abschluss von Verträgen für die Gesamthandseigentümergeinschaft nach § 6 Abs. 2 des Landesgesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) vom 19.08.2014, GVBl. S 191

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 13. Februar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Es sei dies ein sehr schwieriges Thema. Eine Entscheidung der EU habe zur Zerschlagung des Zweckverbandes geführt. Das Land verhandle derzeit mit der EU und dem Bund über die künftigen Strukturen der Tierkörperbeseitigung. Alle Kommunen in Rheinland-Pfalz müssten derzeit diesen Beschluss fassen.

Ratsmitglied Kern sah in dieser EU-Verordnung einen klaren Angriff auf die Souveränität unserer Städte. Es sei die Frage, ob dies rechtlich legitimiert sei. Die AfD lehne diese Vorlage ab.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass alle Rechtsmittel auf der deutschen und der europäischen Ebene ausgeschöpft seien.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 1 Nein-Stimme:

die Verwaltung zu ermächtigen, mit dem Altlastenzweckverband einen Vertrag zur Verwaltung des Gesamthandseigentums an den in § 6 Abs. 2 AGTierNebG genannten Grundstücken zu schließen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Errichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Integrierten Gesamtschule in Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 3. Februar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Es sei dies eine sinnvolle Ergänzung der Schullandschaft in Landau. Allerdings wäre es schade, wenn in diesem Zuge das angrenzende Eduard-Spranger-Gymnasium dieser Entwicklung zum Opfer fallen würde. Das ESG mit seinem Konzept und seinem Angebot müsse erhalten bleiben.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass die Einrichtung der gymnasialen Oberstufe folgerichtig sei. Wer die IGS wolle, der müsse auch Ja sagen zur Oberstufe. Die Schule habe ein gutes Renomee erlangt. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Kern stellte die Frage, wie die anderen Gymnasien die Einrichtung der Oberstufe an der IGS sehen würden. Zudem stelle sich die Frage, ob die demographische Entwicklung eingeplant worden sei.

Der Vorsitzende betonte, dass Konkurrenz nicht schlecht sei. Die Schullandschaft verändere sich ständig. Im Prinzip seien die Landauer Gymnasien dreizügig gebaut und würden seit Jahren vierzügig geführt. Wenn die Schülerzahl in den nächsten Jahren nach unten gehe, dann müssten die Gymnasien in den Oberstufen sicherlich stärker kooperieren.

Ratsmitglied Freiermuth sah in der IGS einen weiteren Baustein in der Vielfalt der Landauer Schulen. Natürlich müsse sie sich in der Oberstufe bewähren. Mit jedem weiteren Schuljahrgang sei der Drang zum Gymnasium ausgeprägter. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron war der Meinung, dass Schulen vor einiger Zeit die richtigen Entscheidungen getroffen hätten. Ein Beispiel sei die Entscheidung des Otto-Hahn-Gymnasiums für eine Ganztagschule.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 1 Nein-Stimme:

beim Land die Errichtung einer gymnasialen Oberstufe für die Integrierte Gesamtschule ab dem Schuljahr 2016/2017 zu beantragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Änderung der Benutzungs- und Kostenordnung für die außerschulische Nutzung von Räumen in Landauer Schulen (ausgenommen Schulsporthallen)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 10. Februar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Follenius-Büssow wollte wissen, wie es sich mit der Ausnahme der VHS verhalte.

Der Vorsitzende entgegnete, dass sich die VHS ja auch über die Beiträge finanziere.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

die Änderungen der überarbeiteten Benutzungs- und Kostenordnung für die außerschulische Nutzung von Räumen in Landauer Schulen (ausgenommen Schulsporthallen).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Flüchtlingssituation in Landau

1. Sachstandsbericht und Handlungsbedarfe

2. Schaffung von zusätzlichem Wohnraum

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 18. Februar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Kern war verwundert, dass man für 40 Personen einen solchen Aufwand betreibe. Sie habe mit vielen Immobilienmaklern in Landau gesprochen. Diese hätten ihr versichert, dass es kein Problem sei für 40 Personen in Landau etwas zu finden. Es gebe genügend Leerstände in Landau und ebenso viele nicht ausgebaute Dächer. Sie würde gerne wissen, wie viele Asylbewerber abgelehnt, aber nicht abgeschoben worden seien. Hier fehle es ihr an Transparenz.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass ihm ein Preis von rund 2.700 Euro/qm sehr teuer erscheine. Er würde gerne wissen, wie hoch die Kosten bei einer Miete sei. Wenn es hier um eine Container-Ghettoisierung gehe, könne die UBFL-Stadtratsfraktion dem nicht zustimmen. Er habe den Verdacht, dass bei dieser Investitionssumme eine Infrastruktur hergestellt werde, um das Grundstück für ein künftiges Wohngebiet zu nutzen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass eine spätere Nutzung als Wohngebiet überhaupt nicht zur Debatte stehe. Er wolle ausdrücklich betonen, dass hier auch kein Ghetto entstehe.

Ratsmitglied Follenius-Büssow wies darauf hin, dass von Seiten des Landes landeseigene Liegenschaften für die Unterbringung von Flüchtlingen mietfrei genutzt werden könnten. Sie fragte, ob es solche Liegenschaften in Landau oder im Bereich der Südpfalz oder angrenzender Bereiche gebe und ob hier bereits Kooperationen angedacht seien.

Bürgermeister Hirsch betonte, dass Kooperationen grundsätzlich möglich seien. Allerdings sei jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt mit sich selbst beschäftigt. In Landau seien ihm keine leerstehenden landeseigenen Liegenschaften bekannt. Von daher sehe er im Moment diese Möglichkeit nicht.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte, wie viele qm diese Container hätten?

Der Vorsitzende antwortete, dass alternativ Kauf oder Miete ausgeschrieben werde. Je nachdem was wirtschaftlicher und günstiger sei, werde dann entschieden.

Ratsmitglied Doll erinnerte an die Versammlung zu diesem Thema am 25. Februar. Diese Versammlung sei nur von 3 Ratsmitgliedern besucht gewesen. Es wäre gut gewesen, wenn die Bedenkensträger des heutigen Tages die Versammlung besucht hätten.

Ratsmitglied Schwarzmüller bezeichnete den Vorschlag von Frau Kern, Dächer für die Unterbringung von Flüchtlingen auszubauen, als kuriose Idee.

Ratsmitglied Schowalter erklärte, dass es ihn nicht überrasche, dass von der AfD solche Anmerkungen kommen. Die Stadt agiere bei der Flüchtlingspolitik vorbildlich. Das ganze habe Hand und Fuß. Man sollte ein klares Zeichen für Weltoffenheit und Verantwortung in unserer Stadt setzen.

Ratsmitglied Kern entgegnete, dass eine Unterbringung in Wohnungen integrativer sei als in solchen Ghettos. Dies sei keine Integration, sondern eine Separation.

Bürgermeister Hirsch stellte klar, dass man deutlich gemacht habe, dass man mit den Möglichkeiten auf dem freien Wohnungsmarkt im Laufe des Jahres am Ende sein werde. Man habe diesen Standort



gewählt, weil gerade dort Integration möglich sei. Er vernehme einen großen gesellschaftlichen Konsens über die Vorgehensweise. Wenn man vorausschauend agieren wolle, dann gebe es nur diese Möglichkeit. Es sei dies auch keine Ghettoisierung, sondern eine stadtnahe Unterbringung.

Ratsmitglied Kern stellte die Frage, was man denn mache wenn die Entwicklung der Flüchtlingszahlen so weitergehe. Gebe es dann Zwangsenteignungen von Seiten des Landes? Gibt es ein Lösungskonzept der Stadt?

Der Vorsitzende machte deutlich, dass man es bisher immer geschafft habe. Er warne davor, irgendwelche Schreckgespenste an die Wand zu malen.

Ratsmitglied Schwarzmüller unterstrich, dass nach Europa 5 % aller weltweiten Flüchtlinge kommen. Sie glaube nicht, dass Deutschland an seine Grenzen komme. Man sollte sich mit den Tatsachen befassen und nicht irgendetwas in den Raum stellen, was überhaupt nicht anstehe.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja-, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen:

1. **Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht und die Handlungsbedarfe zustimmend zur Kenntnis.**
2. **Der Stadtrat beschließt:**
 - a) **die Errichtung eines Gebäudes in Modulbauweise für ca. 40 Personen am Prießnitzweg (ehemaliges Sonnenbad) zur ergänzenden Deckung des notwendigen Wohnraumes für Flüchtlinge.**
Durch den Stadtrat wird hierbei die Dringlichkeit festgestellt, so dass gem. § 3 Abs. 5 Nr. 2 VOB/A eine freihändige Vergabe der Leistungen nach einer Angebotseinholung erfolgen kann.
 - b) **die hierfür benötigten Haushaltsmittel in Höhe von 1,36 Mio. Euro außerplan-mäßig im Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie 60.000 Euro im städtischen Haushalt für die Einrichtung bereit zu stellen.**

Die Verwaltung wird beauftragt, die aufsichtsbehördliche Genehmigung für die Kreditaufnahme einzuholen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau Süd: 1.) Fortschreibung des städtebaulichen Rahmenplanes „Konversion Landau Süd“ für den Bereich „Wohnpark Am Ebenberg“; 2.) Gestaltungsfibel für Bauherren, Architekten und Investoren

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 4. März 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Konzepte seien mehrfach verändert worden. Dabei sei immer deutlich geworden, dass nicht alle Gebäude erhalten werden könnten. Immerhin 22 Gebäude im Wohnpark Am Ebenberg würden erhalten bleiben, davon seien 13 denkmalgeschützt und 9 erhaltenswert. Man habe eine Bürgerbeteiligung zum Rahmenplan durchgeführt, hierfür auch öffentlich eingeladen. Es habe eine jahrelange Diskussion gegeben, wo man die Schwerpunkte setze. Im Moment gebe es in der Stadt Landau einen Bedarf an Einfamilienhäusern und an Kettenhäusern. Jetzt sei kurzfristig ein Konzept eingegangen, das durchaus seinen Charme habe. Letztendlich aber müsse der Stadtrat abwägen und eine Entscheidung treffen. Die Verwaltung habe in ihrem Konzept sorgsam abgewogen und für dieses Konzept wolle er werben. Es könnte kein Einzelfall geben, also quasi eine Vergabe per Handschlag. Wenn man sich für das Konzept Erhalt der Panzerhalle entscheide, dann müsste man dies ausschreiben und in den Wettbewerb geben.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass sich die CDU-Fraktion mit der Entscheidung, speziell was die Gebäude betreffe, schwer getan habe. Der eingereichte Vorschlag habe ohne Zweifel einen gewissen Reiz. Die Problematik sei zum einen die Zeitschiene. Dies wäre bei entsprechendem Willen sicherlich machbar. Ein großes Fragezeichen habe man aber bei der fehlenden wirtschaftlichen und finanziellen Basis für dieses Modell. Weil die CDU-Stadtratsfraktion unter diesen Rahmenbedingungen die Chance, dies wirtschaftlich zu betreiben, nicht erkennen könne und weil zudem die Möglichkeit bestand, dies schon viele Monate vorher einzureichen, werde man für den Abriss der Gebäude stimmen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron unterstrich, dass er keine Lust habe, heute über ein einziges Gebäude zu reden, da es hier um eine wichtige Weichenstellung für die gesamte Entwicklung in diesem Gebiet gehe. Das Gebiet Wohnpark Am Ebenberg werde sinnvoll und nachhaltig entwickelt. Die Einteilung in diesem Rahmenplan sei schlüssig und richtig. Wichtig sei, dass es hier um Verlässlichkeit gegenüber Investoren gehe. Es sei dies ein enorm wichtiges Projekt, ein Stadtgebiet, das zu einer Perle für Landau werde. Man sollte nicht den Fehler machen, die Verhältnisse umzukehren. Das Große und Ganze des Konzeptes im Wohnpark Am Ebenberg sei schlüssig. Im November habe der Bauausschuss vorentschieden, die Bestandsgebäude Panzerhalle und Alte Wäscherei abzureißen. Er sei schon überrascht, wenn ein Unternehmer wenige Tage vor dem endgültigen Beschluss massive Öffentlichkeitsarbeit betreibt, dass er das Gebäude erhalten wolle. Er hätte sich gewünscht, dass dies früher kommt. Natürlich gebe es durchaus Gründe für den Erhalt der Panzerhalle und er habe durchaus Sympathie für den Entwurf des Büros Lampe. Wenn man die Panzerhalle erhalte, dann könne es aber nicht nur auf einen Investor verengt werden. Man müsste es ausschreiben, damit alle möglichen Investoren eine faire Chance hätten. Insgesamt sei dies aber nicht der Kernpunkt im Wohnpark Am Ebenberg, sondern lediglich ein Einzelaspekt innerhalb des Gesamtpaketes. Das Signal, das vom Wohnpark ausgehen müsse, sei der Versuch im Bereich akzeptabler Preise zu bleiben. Man habe lange und intensiv diskutiert. Im Ergebnis werde die Mehrheit der Fraktion der Vorlage der Verwaltung zustimmen.

Ratsmitglied Lichtenthäler hielt den Weg der Verwaltung, eine Gestaltungssatzung zu machen, für richtig. Bei der Begehung des Bauausschusses im November sei es auch um die Panzerhalle und die Alte Wäscherei gegangen. Er habe schon damals die Panzerhalle als erhaltenswert gesehen. Allerdings habe es keinerlei Anzeichen für ein mögliches Invest gegeben. Man brauche für die weitere Planung jetzt die Entscheidung, wie es weitergehen soll. Nun gebe es den Vorschlag von Herrn Lampe, der zugegebenermaßen Begeisterung ausgelöst habe. Der Stadtrat stecke nun in einem Dilemma, der Rat sei quasi der „Depp“. Klar sei, dass es eine „Lex Lampe“ nicht geben könne. Gleichwohl frage er, ob



man das Baufeld 25, auf dem die Panzerhalle stehe, aus dem Beschlussvorschlag herausnehmen könne. Dann hätte man noch Zeit, sich nochmals intensiv mit dem Vorschlag zu beschäftigen.

Ratsmitglied Freiermuth teilte mit, dass die FWG-Stadtratsfraktion nicht einheitlich abstimmen werde. Der FWG sei es wichtig, dass die Einschränkungen in der Gestaltungssatzung nicht zu groß werden. Das von der Verwaltung entwickelte Gesamtkonzept sei in sich stimmig und logisch. Allerdings sehe die FWG-Fraktion die Panzerhalle nicht als Störfaktor. Es gebe aber ein ganz anderes Problem. Wenn die Panzerhalle mit den Kosten umgebaut werde, dann entstehen sicher keine Sozialwohnungen, sondern teure Wohnungen. Ob dies überhaupt vermarktbar sei, müsste sich bei einer Ausschreibung erst noch zeigen. Die FWG-Stadtratsfraktion würde es begrüßen, den Beschluss über den Abriss der Panzerhalle bis Ende Oktober zu verschieben.

Ratsmitglied Marquardt war der Auffassung, dass die Gestaltungsfibel sehr eng ausgelegt sei. Dies führe letztlich zu einer sehr uniformen Architektur. Er halte einen Erhalt der Panzerhalle schon aus Gründen der Finanzierung für geboten. Natürlich müsse der Architekt ein Konzept vorlegen, das auch funktioniere. Vor einer Vermarktung der Grundstücke auf dem LGS-Gelände hätte man zunächst einmal den Bedarf und das Interesse der potentiellen Käufer erfragen müssen. Erst dann hätte man Festlegungen zu den Baufeldern treffen sollen. Die Gestaltungsfibel komme aus Sicht der UBFL-Stadtratsfraktion zu spät. Vieles sei schon bebaut, so dass er sich frage, was eine Gestaltungsfibel jetzt noch nütze. Um dem Gerechtigkeitsgrundsatz gerecht zu werden, müsse jeder Investor, der ein gutes Konzept vorlege, die gleiche Chance haben. Notfalls müsse das Los entscheiden. Aus diesen Gründen habe die UBFL-Stadtratsfraktion mit diesem Rahmenplan Probleme.

Der Vorsitzende erklärte, dass er vom Stadtrat und den Ratsmitgliedern erwarte, dass Diskussionen der vergangenen Jahre im Gedächtnis bleiben. Es könne auch nicht sein, dass man Bürgerbeteiligungsverfahren durchführe, die Menschen einlade, und niemand komme. Jetzt komme wie Phönix aus der Asche drei Tage vor der Ratssitzung ein neuer Vorschlag und alles springe hysterisch auf. Die Verantwortung für politische Prozesse liege beim Rat und beim Stadtvorstand, bei sonst niemandem. Von Fachleuten habe es ja schon früher Vorschläge gegeben, wenn auch nicht so konkret. Man brauche auch keine Bedarfsermittlung für Einfamilienhäuser in Landau. Allein beim Bürgergraben habe es für 10 Einfamilienhäuser 300 Bewerbungen gegeben.

Ratsmitglied Schmitt unterstrich, dass das Thema Erhalt alter Bausubstanz in Landau eine gewisse Tradition habe. Er erinnere an die Diskussionen zum Alten Gefängnis, das Frank-Loebsche Haus und die Kink'sche Mühle. Durch die Verschiebung der Landesgartenschau müsse man nun früher über die Zukunft der Gebäude entscheiden als ursprünglich vorgesehen. Viele würden behaupten, das Gebäude der Panzerhalle sei ein Fremdkörper. Die Stadt Trier beispielsweise habe für ihre Panzerhalle einen Architekturpreis bekommen für gutes Wohnen und gute Architektur. Das vorgeschlagene Konzept biete die einmalige Chance, Wohnen und Arbeiten zu verbinden. Er bitte darum, dem Investor die Möglichkeit zu geben, sein Konzept in der nächsten Ratssitzung vorzustellen. An diesen 7 Wochen sollte es nun nicht hängen.

Ratsmitglied Löffel erklärte, dass er in dieser Frage sehr zwiespältig sei. Der Entwurf habe Charme, aber man müsse das Große und Ganze sehen. Die Gestaltungsfibel schränke die Gestaltungsfreiheit nicht unerheblich ein. Im Unterschied zum Quartier Vauban seien schon Einschränkungen da. Insgesamt sehe man es so, dass die Gestaltungsfibel Leitplanken biete, die dazu führen, dass man einen harmonischen Stadtteil bekomme.

Ratsmitglied Dr. Migl machte deutlich, dass die UBFL schon immer dem Erhalt alter Bausubstanz zugestimmt habe. Dies habe immer Priorität gehabt. Es stelle sich die Frage, ob man nicht den Punkt 6 des Beschlussvorschlages ausklammern könne.

Ratsmitglied Schowalter sagte, dass man sehr stolz sein könne, auf das was auf dem Gartenschau Gelände entstehe. Nun könne man sicherlich über Geschmack streiten, aber er finde besonders die Altbauten toll. In vielen anderen Städten seien alte Panzerhallen umgebaut und



verschiedensten Nutzungen zugeführt worden. Dies hätte auch in Landau Style. Er halte es für machbar, das betroffene Baufeld 25 aus der Vorlage herauszunehmen. Es wäre dies gar kein so großer Schritt.

Ratsmitglied Schwarzmüller schloss sich den Äußerungen von Herrn Schowalter an. Sie würde gerne im weiteren Verfahren wissen, was aus der Panzerhalle zu machen sei.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass er durchaus ein Faible für solche Bauten habe. Ihm komme in der ganzen Diskussion zu kurz, dass dies letztlich ein Abwägungsprozess sei. Wenn man wisse, dass man eine lange Liste an Bauwilligen habe, dann komme er zu einem anderen Schluss. Er werde der Vorlage der Verwaltung zustimmen.

Ratsmitglied Lichtenthäler bat nochmal darum, den Punkt 6 aus der Vorlage herauszunehmen und zu vertagen. Man sollte sich dann Zeit nehmen, um dies in der nächsten Sitzung des Bauausschusses intensiv zu beraten.

Ratsmitglied Hott wollte wissen, welche finanziellen Konsequenzen es habe, wenn man die Panzerhalle heute aus dem Beschluss herausnehme.

Herr Kamplade wies darauf hin, dass man abwägen und Schwerpunkte setzen müsse. Man habe sich gemeinsam auf den Weg gemacht und stehe nun vor einer Entscheidung. Schieben könne man den Beschluss so einfach nicht, da man dann auch die umliegenden Baufelder nicht auf der Grundlage eines falschen Rahmenplans ausschreiben könne. Es würde sich die Ausschreibung der 10 anderen Baufelder aufschieben und es wäre das gesamte Baufeld mit der Panzerhalle zu überplanen. Zudem käme das Problem der Zeitschiene mit dem Rückbau der Landesgartenschau. Diese Zeitschiene sei eng getaktet, man müsse schon in den nächsten Wochen mit der europaweiten Ausschreibung für den Rückbau und die Erschließung beginnen. Deshalb empfehle man aus fachlichen Gründen dringend, die Entscheidung heute zu treffen.

Ratsmitglied Lerch beantragte eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Der Stadtrat stimmte der Sitzungsunterbrechung einstimmig zu.

Der Vorsitzende unterbrach um 21.04 Uhr die Sitzung.

Nach der Unterbrechung eröffnete der Vorsitzende um 21.16 Uhr erneut die Sitzung.

Ratsmitglied Lerch teilte mit, dass es eine sehr emotionale Diskussion auch in der Fraktion war. Man sollte aber versuchen, die, die es kritisch sehen, einzubinden. Daher sollte man sich nun Zeit nehmen und bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates am 28. April 2015 klären, wie ein Erhalt der Panzerhalle umsetzbar wäre. Daher schlage man vor, die Entscheidung heute zurückzustellen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron machte deutlich, dass der Rahmenplan oberste Priorität habe. Wenn eine Verschiebung auf die nächste Stadtratssitzung bei der Klärung helfe, dann stimme die SPD-Stadtratsfraktion einer Vertagung zu.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion mit einer Verschiebung ebenfalls einverstanden wäre.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion ebenfalls einer Verschiebung zu.

Ratsmitglied Dr. Migl begrüßte für die UBFL-Stadtratsfraktion die Verschiebung.



Der Stadtrat beschloss einstimmig, die Sitzungsvorlage bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates am 28. April 2015 zurück zu stellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“: Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg“ im Jahr 2015

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. Februar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zum Tagesordnungspunkt 16 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig, die Sitzungsvorlage bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates am 28. April 2015 zurück zu stellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd,,: Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg“ im Jahr 2015, Baufeld 10

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 26. Februar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zum Tagesordnungspunkt 16 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig, die Sitzungsvorlage bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates am 28. April 2015 zurück zu stellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 10. Februar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Gemäß § 36 des Landesstraßengesetzes (LStrG) werden die im beiliegenden Verzeichnis enthaltenen und im Lageplan 1 gekennzeichneten Verkehrsflächen als Gemeindestraßen (§ 3 Nr. 3 LStrG) zur Nutzung als Geh- und Radweg, die im Lageplan 2 gekennzeichneten Verkehrsflächen als Gemeindestraßen (§ 3 Nr. 3 LStrG) ohne Widmungsbeschränkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der Turnhalle der Berufsbildenden Schule

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 2. Februar 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) **die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel in Höhe von 231.455 € für die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der neuen Turnhalle der Berufsbildenden Schule.**
- b) **Nachdem dies im Rahmen der im Wirtschaftsplan veranschlagten Kreditaufnahmeermächtigung nicht abgebildet werden kann, soll durch die Verwaltung bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier ein Antrag auf Genehmigung eines Sonderkreditkontingentes für diese Einzelmaßnahme gestellt werden.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf den ökumenischen Gottesdienst am 16. März 2015 in der Stiftskirche anlässlich des 70. Jahrestages der Bombardierung Landaus hin. Er informierte, dass für diesen Tag auch eine Demo von Rechts angemeldet worden sei.

Weiter informierte der Vorsitzende zum aktuellen Stand zum Haus Maulbeerbaum.

Der Vorsitzende teilte mit, dass man die Wegeführung im Savoyenpark hinsichtlich der Landesgartenschau zumindest vorläufig herstellen werde.

Ratsmitglied Volkhardt sprach die Musikgruppen in der Fußgängerzone an. Dies nehme mittlerweile überhand. Dies sei kontraproduktiv und mache keinen guten Eindruck von unserer Fußgängerzone.

Ratsmitglied Kern wollte wissen, ob es bei der Stadt ein Entschuldungskonzept für den städtischen Haushalt gebe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es durchaus Verbesserungen gebe und seit Jahren versuche man der Entwicklung entgegen zu steuern.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach dem Termin zur Veranstaltung Geothermie.

Der Vorsitzende teilte mit, dass dieser Termin vom Landesamt für Bergbau und Geologie abgesagt worden sei.



Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 10.03.2015 umfasst 29 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 274.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter